

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 24.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserte pro gespaltene Zeile oder deren Raum 25, für Bahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 13. Juni 1908.

Verlag: A. Pohrberg, Hannover, Münst. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
S. Schneider, Hannover, Münst. 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. A. G. Meißner & Co., Hannover.

17. Jahrg.

Jedes Mitglied ist verpflichtet,

nach besten Kräften für die Ausbreitung des Verbandes zu wirken. Die bevorstehende Hauskonferenz bietet dazu die beste Gelegenheit, kein fähiges Mitglied darf dabei fehlen.

Zur Beachtung!

Heute ist der 24. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Aussperrungen

bestehen in **Schönlank, Nürnberg, Wolgast, Friedland i. M., Goslar, Celle, Zerbst, Mügeln.**

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in **Lauenburg, Mannheim, Gotha, Flensburg, Lägerdorf, Fürth und München.**

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Feinde ringsum.

Seit Etablierung der Blockpolitik in Preußen-Deutschland ist die sozialpolitische Gesetzgebungsmaschinerie völlig ins Stocken geraten. Das nicht nur: die Rückwärtsler haben entschieden Oberwasser bekommen. Auf manchen Gebieten drohen Verschlechterungen. Die ausgesprochenen Arbeiterfeinde und Schatzmacher glauben die Zeit zur Verwirklichung lang gehegter Attentatsgelüste für gekommen. Diese Gefahr sucht man der Arbeiterschaft mit heuchlerisch verlogener Anpreisung des neuen Reichsvereinsgesetzes als Beweis des Anbruchs einer liberalen Ära in Staat und Reich zu verschleiern. Gewiß hat das Gesetz einige formale und materielle Vorteile gebracht. Aber in der Hauptsache ist doch nur das gesetzlich anerkannt, was sich in der Praxis tatsächlich herausgebildet hatte.

Der Ausschluß der Frauen von politischen Vereinen hatte fast gar keine Bedeutung mehr, nachdem durch die berühmte Segmentsverordnung den Frauen die private Teilnahme an solchen Versammlungen erlaubt war, andererseits auch die Möglichkeit vorhanden war, durch Einberufung öffentlicher Versammlungen den Rechtlosen auch die aktive Teilnahme zu ermöglichen, und schließlich die Frauen es verstanden hatten, durch Gründung — unpolitischer Bildungsvereine Aufklärung über Staat, Gesellschaft, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse und Zusammenhänge in die Reihen der Klassengenossinnen zu tragen.

Den Vorteilen, die das Reichsvereinsgesetz nach dieser Richtung gebracht hat, stehen schwere Schäden entgegen: der Sprachenparagraf und die Bestimmung, daß Personen unter 18 Jahren nicht Mitglieder politischer Vereine sein dürfen und von der Teilnahme an politischen Versammlungen ausgeschlossen sind. Die Erfahrung hat gelehrt, daß, wenn es den Polizeiorganen gerade paßt, der Begriff politisch auch auf rein wirtschaftliche Organisationen angewendet worden ist. Hat man doch sogar Vereine, die der Geselligkeit dienen, wie zum Beispiel Arbeiter-Turn- und Gesangsvereine usw., für politisch erklärt und sie den Schikanen des Vereinsgesetzes unterworfen.

Es wäre töricht, zu verkennen, daß in dem Ausschluß der Jugendlichen eine Gefahr für die Gewerkschaften liegen kann. Was würde es weiter viel nützen, daß die Mitgliederlisten nicht mehr eingereicht werden müssen, wenn ein erheblicher Teil der organisationsfähigen Arbeiterschaft nicht mehr der Gewerkschaft zugeführt werden dürfte. Die Bestimmung, daß politische Versammlungen nicht mehr der Anmeldungspflicht bei der Polizei unterliegen, ist ein Fortschritt, der, von wenigen Ausnahmen abgesehen, lediglich auf dem Papier steht. Die Voraussetzungen des Fortschritts heben ihn nämlich wieder auf. In den meisten Fällen haben die Ausführendenbestimmungen bestimmt, daß, wenn eine Versammlung nicht bei der Polizei angemeldet werden soll, sie mindestens 24 Stunden vor dem Beginn in 2 oder gar 3 bürgerlichen Blättern bekannt gemacht sein muß. Die materiellen Opfer, die das für die Arbeiter bedeutet, läßt diese sicher darauf verzichten, von der polizeilichen Anmeldung abzusehen. Also in der Praxis bleibt's, wie es war!

Eine ungeheure Verschlechterung auch vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt bringt der sogen. Sprachenparagraf, durch den bestimmt wird, daß in Versammlungen nur in deutscher Sprache verhandelt werden darf. Nur dort, wo die Polen mehr wie 60 Prozent der Bevölkerung ausmachen, sollen sie noch weiter Polnisch sprechen dürfen. Da es die Behörden also in der Hand haben, der Ermittlung des Prozentverhältnisses einen beliebig großen Landesteil zu unterstellen, kann man es so einrichten, daß niemals 60 Prozent herauskommen. Die Beweise, daß man nach solchem Rezept den kranken „nationalen“ Körper behandeln will, liegen schon vor, indem die Polizei in fast ausschließlich polnischen Gemeinden die Benutzung der polnischen Sprache verboten

hat. Da in manchen Industriegegenden die Polen einen erheblichen Bruchteil der Arbeiterschaft ausmachen, bedeutet die Bestimmung des Sprachenparagrafen eine ganz erhebliche Erschwerung der gewerkschaftlichen Arbeit. Und es hat auch nicht die Behauptung widerlegt werden können, daß der Sprachenparagraf auf Anordnung der großindustriellen Schatzmacher in den Gesetzentwurf hineingekommen ist. Das gewerkschaftsfeindliche Bestreben der Großkapitalisten war bestimmend: hier liegt der Knüttel beim Hunde!

Indirekt hat das „liberale“ Gesetz noch andre schwere Schäden gebracht, indem es ausdrücklich seine Anwendung auf die Dienstboten und Landarbeiter ausschließt. Dabei ist der ausnahmegesetzliche Zustand, der den beiden genannten Arbeiterkategorien die Vorteile der Gewerbeordnung versagt, wer weiß, auf wie lange wiederum festgelegt. Es bleibt dabei, daß Dienstboten und Landarbeiter wegen „Ungehorsams“ mit Geld- und Haftstrafe belegt werden können und daß man Landarbeiter für das „Verbrechen“ des Streiks bis zu einem Jahre ins Gefängnis stecken kann. Die schweren Hemmnisse, die der gewerkschaftlichen Organisation durch die Rechtlosigkeit des Gefindes und der Landarbeiter entgegenstehen, und durch die „liberale“ Erregungsschaft nicht nur nicht beseitigt, sondern sogar noch gesteigert worden.

Mit diesen Erfolgen ist die Reaktion aber noch nicht zufrieden. Nicht nur will man der Freizügigkeit Fesseln anlegen, man verlangt nun auch noch kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs. Zunächst sollen die Landarbeiter mit solchem Scharfmacher-Fortschritt beglückt werden. Hat man die Landklaven erst unter der Fuchtel, dann werden die gewerblichen Arbeiter den Fortschritt auch bald zu kosten bekommen. Die Freizügigkeit soll eingeschränkt werden, einmal durch eine generelle Bestimmung, die das Abwandern jugendlicher Personen (18 Jahre) von der Zustimmung der Eltern oder des Vormundes abhängig macht, weiter durch die Vorschrift, daß alle Zuwanderer an einem Ort (auch die Erwachsenden) vorher ein Unterkommen nachweisen müssen und im Besitz einer gewissen Summe Geldes sind. Das sind schwarze Pläne, deren Gefährlichkeit auf den ersten Blick kaum erkannt wird. Es ist aber begreiflich, daß abhängige Gutsarbeiter, so gern sie die Abwanderung ihrer Kinder sehen würden, damit diese bessere Arbeitsbedingungen finden, die Genehmigung verjagen, wenn der Gutsherr es so will! Und was die andre geplante Bestimmung bedeutet, erkennt man schon bei der Erwägung, daß z. B. die Arbeiter doch zunächst an einem fremden Ort sich um günstige Arbeit bemühen, ehe sie eine Wohnung mieten. Als ein weiteres Mittel, die Freizügigkeit zu erschweren, ist eine Versteuerung des Reisens geplant. Für die Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte verlangen und erhalten die Junker billige Eisenbahntarife, aber um dem einheimischen Arbeiter das Aufsuchen einer günstigeren Arbeitsgelegenheit zu erschweren, soll für ihn das Reisen in der untersten Wagenklasse verteuert werden. Wie weit die Dinge gediehen sind, kann man daraus entnehmen, daß in den letzten Tagen eine Aeußerung des bayerischen Eisenbahnministers bekannt geworden ist, nach der in den Ministerien die Frage der Ausdehnung der Fahrkartensteuer auf die 4. Wagenklasse erwogen wird.

Und immer noch mehr Attentate gegen Arbeiterwohl schummern im Schoße der Reaktion. Kein Zweifel mehr: der Selbstverwaltung der Krankenkassen geht es an den Kraken! Und der geradezu frenetische Haß, den die Blockpolitik im sogenannten liberalen Bürgertum gegen die Arbeiterbewegung ausgelöst hat, das blindwütige Toben der offiziellen Freisinnspresse gegen freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie verbannen jede Hoffnung, daß die Arbeiter in dem offensichtlich planmäßig betriebenen Kampf gegen sie und ihre Organisationen von jener Seite Unterstützung finden können. Der Liberalismus, der dem Sprachenparagrafen zustimmte, den Ausschluß der Jugendlichen von politischen Vereinen und Versammlungen sogar forderte, der weiteren Rechtlosigkeit des Gefindes und der Landarbeiter die Zustimmung nicht versagte, der dem Brotwucher keine Opposition mehr macht, mit der weiteren Belastung der Schwachen Schultern durch indirekte Steuern sich befreundet, wird nicht nur bei der Erdrosselung der Selbstverwaltung mit Hand anlegen, er wird auch mitwirken, daß das Arbeitsstammengesetz einen gewerkschaftsfeindlichen Charakter trägt. Bezeichnend für unsere Verhältnisse ist, daß als Ersatz für den abgelehnten, von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf nunmehr vom Bunde der Industriellen ein neuer Entwurf ausgearbeitet wird. Wie wir verraten können, entfällt dieser bezüglich der Wahl von Arbeitervertretern Bestimmungen, die ausschließen, daß Vertrauensleute resp. Angestellte der Organisationen gewählt werden können.

Zu diesen Gefahren für die Arbeiter durch die Gesetzgebung treten solche durch die sich immer weiter spannenden, in ihrem geflochtenen Treiben bisher von dem Staatsanwalt noch nicht behinderten Unternehmerorganisationen. Kürzlich gab der „Vorwärts“ die Satzungen eines im geheimen gegründeten Besenverbandes bekannt, der planmäßig die Aussperrung mißliebiger Arbeiter betreibt. Tatsächlich ist der Verband nur eine besondere Abteilung des Kohlenyndikats. Das ist für die Arbeiterschaft besonders bemerkenswert und bedeutungsvoll. Die Syndizierung der industriellen Produktion macht immer weitere Fortschritte. Nicht nur in der Montanindustrie! In der chemischen Industrie ist sie weit vorgeschritten, die Papierindustrie dürfte bald vollständig kartelliert sein, die Gründung eines Zuckerkartells ist in Aussicht genommen. In diesen Organisationen, je mehr sie die „Regelung“ der Arbeitsverhältnisse durch besondere Abteilungen aufnehmen, sehen die Organisationen der Arbeiter einen mächtigen Feind erstarken. Wie die Arbeiter alle Kraft anspannen müssen, um sich der politischen Attentate gegen ihre Interessen zu erwehren, gebietet es auch ihr Wohl, mit aller Energie an dem Ausbau und der Kräftigung ihrer Organisation zu arbeiten.

Wir leben in einer Zeit großer geschichtlicher Ereignisse. Im Zusammenprall der Interessen steht die Arbeiterschaft einem wohlgerüsteten, mächtigen Feinde gegenüber, gewaltige Kämpfe müssen ausgefochten werden. Und die Arbeiterschaft ist auf sich allein angewiesen; auf Barbon darf sie nicht rechnen! Entweder sie siegt oder sie wird überwältigt und gefnebelt.

Feinde ringsum! Rüstet zum Kampfe!

Sechster Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Montag, den 22. Juni, beginnt der sechste Gewerkschaftskongreß seine Beratungen. Die wichtige und reichhaltige Tagesordnung rechtfertigt den Schluß, daß er sich seinen Vorgängern würdig an die Seite stellen wird. Eingehende Erörterung verdient besonders Punkt 6 der Tagesordnung: Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel. Es ist dringend nötig, daß hier Wandel geschaffen wird. Heute wird oft der Boykott verhängt, ohne seine Durchführbarkeit genügend zu prüfen, und der Unlaß zur Verhängung steht zuweilen in gar keinem Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln. Es gibt — leider — Verbände, die bei jeder Differenz, die sie mit einem Unternehmer haben, sofort mit der Boykottandrohung bei der Hand sind, und es gibt Kartelle, die Forderungen auf Verhängung des Boykotts wenig oder gar keinen Widerstand entgegensetzen. Dadurch wird aber die Wirkung des Boykotts sehr gefährdet. Die Unternehmer fürchten ihn weniger und die Arbeiter beachten ihn weniger. Sobald der Boykott über das Zuständigkeitsgebiet eines Kartells hinausgreift (wie bei Würstwaren, die in Thüringen fabriziert, aber über ganz Deutschland verhandelt werden usw.), darf das Kartell nicht berechtigt sein, den Boykott zu verhängen. Aber auch bei den Boykotts innerhalb des Zuständigkeitsgebietes wird sehr viel gesündigt; es sei dabei nur an diverse Bewegungen der Barbiergehilfen erinnert. Der Boykott ist eine sehr wirksame Waffe, aber nur dann, wenn er selten verhängt, sorgfältiger vorbereitet und nachdrücklicher geführt wird wie bisher.

Der Punkt Grenzstreitigkeiten wird kaum eine Aenderung des bestehenden Zustandes bringen. Das vielgestaltige Wirtschaftsleben, die wachsende und wechselnde Gliederung der Betriebe, die technischen Um- und Neugestaltungen, alles das schafft immer neue Reibungsflächen zwischen den einzelnen Verbänden. Zwei unserer Hauptstellen, Harburg und Lübeck, präsentieren dem Gewerkschaftskongreß einen alten Ladedrücker als neues Allheilmittel. Harburg will eine Verschmelzung aller verwandten Verbände, und Lübeck eine Verschmelzung aller Verbände ungesellter Arbeiter. Eins ist so undurchführbar und so unweidmässig wie das andre. Welche Verbände sind z. B. mit uns verwandt? Die Harburger führen die Textil-, Leder- und Fabrikarbeiter als reis zum Zusammenschluß in einem Industrieverband an. Das ist aber ganz willkürlich herausgegriffen. So wären z. B. die Steinarbeiter mit den Gips-, Kalk- und Zementarbeitern, die Maurer und Bauarbeiter mit den Gläsern, die Töpfer und Porzellanarbeiter mit den in Tonröhrenfabriken Beschäftigten „verwandt“ und so fort. Genau so unsinnig ist es mit dem Zusammenschluß aller Verbände ungesellter Arbeiter. Wäre der Metall-

Arbeiterverband ein Verband gelehrter oder ungelerner Arbeiter? Kurz, die beiden Vorschläge sind eben nur gut gemeint, aber nicht gut. Es kann sich für den Gewerkschaftskongress weniger darum handeln, Grenzstreitigkeiten zu vermeiden, als Formen zu finden, solche Streitigkeiten zu schlichten bzw. zu entscheiden. Dabei soll gänzlich verkannt werden, daß durch eine eingehende sachliche Aussprache, Festlegung einheitlicher Uebertretungsbedingungen usw. eine Herabminderung der Streikfälle erreicht werden kann; mehr aber auch nicht. Die Ansicht der Funktionäre der Gewerkschaften muß hier das Beste tun.

Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland, über die Mollenhuth referiert, wird voraussichtlich eine eingehende Erweiterung des Arbeitskammergesetzes bringen. Vom Gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkomitee ist dazu eine Resolution eingebracht worden, die den Regierungsentwurf nicht nur wegen seiner grundlegenden Bestimmungen, sondern auch deswegen verwirft, weil er den Arbeiterinnen nicht die gleichen Rechte einräumt, wie den Arbeitern.

Amsonsten Anträgen seien noch erwähnt der Antrag unserer Zeitschiffle Lagerdorf, der sich gegen den Alkoholgenuß wendet und vom Kongress Maßnahmen zur Einschränkung desselben fordert, und die Anträge der Kartelle der Provinz Sachsen und Anhalt, die vom Kongress die Vereinfachung von Mitteln zur intensiven Agitation unter den Landarbeitern fordern. Alles in allem hat also der diesjährige Kongress eine ganze Reihe wichtiger Punkte zu erledigen, die für die Fortentwicklung der deutschen Gewerkschaften von nicht unerheblicher Bedeutung sind. Möge er seine Aufgabe so lösen, daß er der gesamten Arbeiterbewegung zum Nutzen gereicht.

Ein ernstes Wort an den Verbandstag.

Was auch unserer Organisation not tut, ist eine stärkere Betonung des Kampfcharakters. Kaum ist die Diskussion über den Verbandstag eröffnet, so tritt auch schon ein Kollege auf den Plan mit einer Beitragserhöhung. In der Nr. 23 vom 22. Mai empfiehlt ein Kollege, den Beitrag auf 50 Pf. zu erhöhen, um hiermit die ohnehin schon ausgeprägten Unterstützungsseinrichtungen noch mehr zu vervollständigen.

Ich stelle hiermit die Frage auf: Hat unsere Organisation den Zweck, für die Schäden der heutigen Weltordnung aufzukommen, die Schäden, welche die heutige Produktionsweise der Arbeiterklasse verursacht, durch Krankheit, Arbeitslosigkeit usw., mit möglichst viel Pflichten zu belasten? Nein! Ich brauche hier nicht zu betonen, welchen Zweck unsere Organisation hat.

Aber mit Unterstützungsseinrichtungen ist uns nicht geholfen und wenn sie noch zwanzigmal ausgebaut werden. Wir wollen eine Organisation haben, die uns ein Stützpunkt ist im Kampfe gegen das isolierte Unternehmertum. Je mehr wir aber den Verband als Versicherungsanstalt betrachten, umso mehr verläßt sich der ursprüngliche revolutionäre Charakter der Organisation. Wenn der kommende Verbandstag zum Zweck der Gewerkschaftsunterstützung einer Beitragserhöhung zustimmt, so mag es denen angenehm sein, die den Verband jahraus jahrein als milde Kuh betrachten. Bei einem großen Teil der Mitgliedschaft aber wird ein solcher Beschluß Ernüchterung hervorbringen. Wo bleibt der Kampfcharakter unserer Organisation? Mit dem weitem Ausbau der Unterstützungsseinrichtungen, ausgenommen der Streik- und Maßregelungsunterstützung, wird der Kampfcharakter nicht nur nicht gehoben, sondern erfährt für die kommenden Jahre eine weitere hoffnungslose Verschärfung. Erklären wir endlich: unsere Organisation geht wohl in die Breite, aber nicht in die Tiefe.

Im Jahre 1900 (aus dem Bericht an den Verbandstag zu Galtersdorf S. 14 und 21) hatten wir bei einer Mitgliederzahl von 29 1/2 Tausend und bei einer Gesamtsumme von 330 000 Mark eine Streikunterstützung von 41 000 Mk. Heute bei einer Mitgliedschaft von fast 100 000 und einer Gesamtsumme von nahezu 1 1/2 Millionen Mark eine Streikunterstützung von 40 000 Mk. In diesem Zahlenpiegel sollen die Delegierten erkennen, was not tut. (Nur bei diesen Zahlenpiegeln ist aber ein Uebersicht über die Sache zu bekommen. So ist die 41 000 Mk. von 1900 und nicht in einem Jahre angesetzt, sondern in der Zeit vom 1. April 1898 bis 1. April 1900, also in 2 Jahren. Zweitens: wir haben im Vorjahr nicht 44 000 Mk. für Streikunterstützung ausgegeben, sondern rund 29 000 bis 30 000, nämlich über 400 000 Mark. In den beiden letzten Jahren aber wurden rund 1 100 000 Mark für Streik- und Unterstützungen verausgabt. Bringen wir für die Jahre 1898-1900 durchschnittlich 25 000 und für die Jahre 1900-1908 durchschnittlich 130 000 Mitglieder in Ansatz, so hat der Verband in den Jahren 1898-1900 pro Kopf 1,64 Mk., in den Jahren 1906-1908 aber nur 10 Pf. pro Kopf für Streikunterstützung verausgabt. So sieht der Zahlenpiegel aus, wenn er nicht vom Stand der Roten Gemeinwesen getrennt ist, und die Verschärfung des Kampfcharakters zeigt sich daran, daß die Ausgaben für Kampfe pro Mitglied herabgehen, sich fast verachtfachig haben. Die Reaktion.)

Das Streikregulativ und das Dampfregulativ des Hauptverbandes haben zweifelslos dieses Verhältnis verschuldet. Gewiß, die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes haben sich gewaltig geändert durch die Unternehmerrationalisation und andere Ursachen, die ich hier wegen Raummangels unermessen lassen muß. Aber muß denn jeder Streik gebremst werden? Oder ist es eine moralische Pflicht, den Streik der Erregung durch ein Dampfregulativ zu unterbinden? Wie mancher Grund der Beschränkung und Spargabe ist durch das Dampfregulativ erfüllt worden?

Warum sollte man bewegende Klagen führen. Die Arbeiter im Kampf haben keinen Grund, sich über den Lohnkampf zu beklagen. Sie kommen zu folgenden Schlüssen: Die gewerkschaftlichen Arbeiter brauchen eine Organisation, die vor einem Streik nicht zurückweicht, die sich im Streit nicht aufgibt, die ihre Kraft nicht vergeblich in Unterstützungsmaßnahmen. Mit Unterstützungsmaßnahmen kann man keinen Kampf führen. Es wird auf den Gehirnen der gewerkschaftlichen Kampfes noch zu klären kommen. Bei dieser Weltlage wird sich nur unser Verband erhalten, wenn er auch fortwährend Kampf, Zeit und Mittel verwendet zu Unterstützungsmaßnahmen. Eine Beitragserhöhung wird bei den gewerkschaftlichen Arbeitern nur dann Ansehen finden, wenn die Erhöhung zum Kampfe führt. Mögen sich die Delegierten zum kommenden Verbandstag diesen Gedanken merken.

J. Ziegler.

Aus der chemischen Industrie.

Lohnstatistik und Agitation.

Während die Ortskrankenkassen von den Arbeitereinden alle Länder fortwährend beschäftigt werden, daß sie sich gegen den Lohnkampf nicht wandern lassen, so wird für die Arbeitgeber die Vorbereitung der Arbeiterbewegung, die nur durch den Lohnkampf zu Stande kommen kann, als ein Hindernis für die Agitation und in allen

Gewerben desselben beschäftigten Lohnarbeiter ein. Und obgleich diese Angaben von den Unternehmern gemacht worden, sind sie hier kaum übertrieben und jedenfalls zuverlässiger, als sonstige Unternehmermitteilungen, weil sich ja der Beitrag zur Versicherung, den der Unternehmer zahlt, nach seinen Lohnangaben richtet, so daß er hier sehr schwerlich zu hohe Werte angibt. Die Ortskrankenkassen können deshalb allgemein eine außerordentlich wertvolle Lohnstatistik bearbeiten lassen und veröffentlichen. Für die Gewerkschaften und die Sozialpolitik ihres Bezirks würde jene Lohnstatistik eine sehr nützliche Unterlage ihrer Wirksamkeit bilden und vor manchem Fehlschluß wie Fehlschlüssen in Aktul, Agitation und Beurteilung der Arbeiterlage schützen.

Leider sind sich die wenigsten deutschen Ortskrankenkassen dieser Pflicht bewußt. Hier hapert es in Berlin, in Hamburg, in Schlesien, in der Provinz Sachsen, in Hessen-Nassau, in Anhalt, wo für unsre chemischen Kollegen wichtige Tatsachen aus der Lohnstatistik herauszulesen wären. In Ludwigshafen herrscht vermutlich die Fabrikkrankenkasse, ebenso wie in Elberfeld-Bevertzen. Aus den Fabrikkrankenkassen aber sträuben sich die Unternehmer, Lohnangaben zu machen, wenn nicht organisierte Arbeiter im Vorstand sitzen und für solche Veröffentlichungen sorgen. Eine löbliche Ausnahme macht die Leipziger Ortskrankenkasse. Sie hat seit langem ihre Lohnstatistik gut ausgebaut und genießt deshalb auch die Ehre, im amtlichen „Reichsarbeitsblatt“ monatlich mit ihren Ziffern aufgeführt zu werden. Dem Rathe des „Reichsarbeitsblattes“ entnehmen wir einmal zur Probe folgende Lohndaten, um zu zeigen, wie wichtig es wäre, wenn unsre organisierten Kollegen an allen Orten für die Mitbestimmung in den Ortskrankenkassen und für ähnliche Lohnstatistiken sorgten, da uns sonst zuverlässiges Massenmaterial so sehr fehlt.

Am 30. April 1908 hatte die Leipziger Ortskrankenkasse 2478 männliche 1116 weibliche, also zusammen 3594 Pflichtmitglieder aus der chemischen Industrie im weitesten Sinne. Auf die Lohn- (Beitrags-) Klassen verteilten sich diese 3594 chemischen Arbeiter wie folgt:

	männliche	weibliche
0,01-1,50 Mk.	1,7 Prozent	23,4 Prozent
1,51-2,00 "	1,7	31,7
2,00-2,50 "	5,5	18,9
2,51-3,25 "	10,0	21,9
3,26-3,50 "	8,9	0,5
3,51-4,00 "	24,8	1,3
4,01-4,50 "	24,0	0,2
4,51 u. mehr "	25,0	0,8

Wenn das keine lehrreiche Uebersicht ist, dann gibt es keine mehr! Zunächst springt in die Augen die erbärmliche Bezahlung der weiblichen Arbeitskräfte in der Leipziger chemischen Industrie. Rund 95 Prozent der 1116 weiblichen chemischen Arbeiter haben unter 3,25 Mark Tagesverdienst, 75 Prozent, d. h. drei Viertel, 2,50 Mark und weniger bis auf 1,50 Mk. und weniger herab. Das sind ohne alle agitatorische Uebertreibung Hungerlöhne für die Masse der Arbeiterinnen nicht bloß, sondern gefährliche weibliche Löhne für die männlichen Arbeiter, die ihre Frauen und Töchter zu solchen Sätzen von der reichen chemischen Industrie ausbeuten lassen müssen! Wie werden solche „Verdienste“ und ihre Folgen auf das Familienleben, die Frauengesundheit und die eigene Lohnhöhe unsrer Leipziger Kollegen drücken. Sollte es da nicht eine höchst dankbare Aufgabe sein, einmal mit größter Energie und im weitestem Umfange an die Organisation dieser unsagbar Ausgebeuteten zu gehen, um sie mit uns und unserm Lohnkampfe solidarisch zu machen?

Die männlichen Löhne der Leipziger chemischen Arbeiter erscheinen höher und setzen gerade dort ein, wo die weiblichen ihre höchste Höhe erreicht haben. Das läßt zum Teil darauf schließen, daß es sich um verschiedene Branchen handelt, in denen Männer und Frauen arbeiten. Die Männer vermutlich mehr in der chemischen Großindustrie, die Frauen und Mädchen mehr in der Fett-, Del-, Seifen- und Firnisindustrie. Daß aber auch von den Männern noch 17 Prozent bis zu 3,25 Mark Tagesverdienst kommen, ist jedenfalls ein Zeichen, daß viele Familienväter mögen sich unter diesen Kerntzen der chemischen Arbeiter befinden und mit ihrem mageren Männer- wie Frauenverdienst in der Familie bestehen, daß der eine vom andern abhängt? Hier könnte die Leipziger Statistik noch sehr lehrreich ausgebaut und vervollständigt werden durch Angaben über die Familienverhältnisse der Versicherten. 83 Prozent der männlichen chemischen Arbeiter von Leipzig haben dann 3,26 Mark Tagesverdienst und mehr, die Hauptmasse, 75 Prozent oder drei Viertel, von 3,50 bis 4,51 und mehr Mark. Hier möchten wir den Spieß umdrehen! Bei solchen Löhnen kann zwar noch nicht entzerrt etwa gut gelebt werden. Dazu fehlt bei den heutigen Lebensmittel- und Mietpreisen noch sehr viel, namentlich, wenn zahlreiche Familien da ist. Und im Verhältnis zum Profit der chemischen Industriellen sind auch diese Löhne mehr als bescheiden. Aber davon kann nun doch keine Rede mehr sein, daß die rund 1800 chemischen Arbeiter von Leipzig, welche diese Verdienste haben, nur schwer Beiträge für eine gewerkschaftliche Organisation zahlen könnten. Diese Leistung ist ihnen durchaus möglich. Wieviele dieser 1800 chemischen Arbeiter mit besserer Bezahlung sind aber in unsrer Leipziger Zeitschiffle? Das mögen sich die Kollegen am Orte ausrechnen und sagen. Und danach mögen sie ihre Agitation einrichten.

So uns also Staat und Gemeinde mit Lohnstatistiken im Stich lassen, da setzen Ortskrankenkassen, die in guter Arbeiterverwaltung sind, ausklärend und fegensreich ein. Möchten in allen Bezirken der großmächtigen deutschen chemischen Industrie unsre organisierten Kollegen für mehr Lohnangaben dieser Art aus Krankenkassen sorgen. Dann haben wir ein tüchtiges Stück Agitationsstoff mehr!

X. Fehlgewinn. Die Krise hat auch die hiesigen Farbwerke erreicht und zum ersten Male seit Festhalten derselben ist die Entlassung von Arbeitern wegen Arbeitsmangels erfolgt. Es werden hiervon 40 Markarbeiter betroffen, die in nächster Zeit entlassen werden sind. Diese Tatsache wird die Arbeitkollegen, welche bisher glaubten, mit einer lebenslänglichen Verpachtung in diesem Betriebe rechnen zu können und deshalb wenig Interesse für die Organisation beizubehalten, davon überzeugen, daß es Fühlens ist,

sich derartige Hoffnungen zu machen. Für den ungelerten Arbeiter, der dazu verdammt ist, jedwede Arbeit, ob gesundheitsgefährlich oder nicht, anzunehmen, um sein Leben zu fristen, ergibt sich aus solchen Vorlesungen die Notwendigkeit, in der Organisation einen Rückhalt zu suchen, um Perioden der Arbeitslosigkeit leichter überstehen zu können. Vor der äußersten Not und Entbehrung bleibt der organisierte Kollege bewahrt, denn er wird überall hilfsbereite Freunde finden, die ihrem solidarischen Empfinden in der erwünschten Form Ausdruck geben. Mit Recht dürfte als Folge des Vorlesungsinnes von Arbeiterentlassungen wegen Arbeitsmangels in den Farbwerken eine Verstärkung der dringlichen Organisation erwartet werden; aber wir zeigen eher der Annahme zu, daß es noch schwer werden wird, die Arbeiter, schon jahrelang in dem Betriebe beschäftigten Kollegen für den Verband zu gewinnen. Die Einschüchterung und Beeinträchtigung der Arbeiter durch die besser bezahlten Handlanger des Kapitals rechtfertigt leider einen solchen Pessimismus. Die auch in den Farbwerken mit Vorliebe gepflegten Wohlfahrtsvereine und Einnahmen, besonders die Gewährung von Darlehen und Vorschießen an die Arbeiter, bringen es mit sich, daß die letzteren der irrlichen Meinung sind, sich ev. solche Wohlthaten zu verschaffen, wenn sie dem Fabrikanten nicht sympathischen Verband der Fabrikarbeiter beitreten. Die Arbeiter vergessen, daß es nur der unbeschränkten Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zu verdanken ist, daß sogenannte Wohlfahrtsvereine bestehen. Aus Privatmitteln der Herren Farbwerksbesitzer werden diese nicht unterhalten. Selbst wenn sie eine Beihilfe leisten, geben sie dem Arbeiter nur zum kleinsten Teil zurück, was sie ihm vom Ertrag seiner Arbeit zu wenig gegeben haben. Von diesem Gesichtspunkte aus müssen die Arbeiter die Wirksamkeit der Wohlfahrtsvereine beurteilen, und sie werden zu der Bewertung derselben kommen, die sie verdienen: es sind kapitalistische Fesseln in jeder Beziehung und in jeder Richtung.

X. Fehlgewinn a. Mainz. Recht bezeichnend für den wirtschaftlichen Druck, den der chemische Nervenbetrieb von Cassella u. Cie. auf die von ihm beschäftigten Arbeiter ausübt, ist die Tatsache, daß in dem Wahlbezirk, der die Arbeiterwohnhäuser der Farbwerke an der Mainkur umfaßt, es unmöglich ist, für unsre Partei einige Leute als Wahlmänner zu gewinnen. Bei der Reichstagswahl wurden in diesem Bezirk über 300 Stimmen für unsern Kandidaten abgegeben, und auch bei der öffentlichen Gemeindevwahl im März stimmten von Inhabern von Fabrikwohnungen eine erhebliche Zahl Stimmen für unsre beiden Kandidaten. Wohl nicht ohne Einfluß auf das jetzige Verhalten der betreffenden Wähler für der Umstand, daß in den Farbwerken der Geschäftsgang augenblicklich zu wünschen übrig läßt, und die Farbwerkeleitung bekannt gegeben hat, Urlaub in jeder Ausdehnung an Arbeiter zu erteilen. Wer jetzt austreten will, erfährt nicht die geringste Schwierigkeit wegen eventueller Kündigung. Es verlaßt sich, daß nach Fertigstellung des zurzeit im Bau befindlichen Elektrizitätswerkes der Farbwerke in diesen eine Reorganisation der Produktion eintreten soll, durch welche ein erheblicher Teil der jetzt dort beschäftigten Arbeiter entbehrlich wird. — So erklärt sich die Scheu der Kollegen, wenn sie sich auch dadurch nicht rechtfertigt. Aber man sieht: keine politische Freiheit ohne wirtschaftliche Befreiung von der Ausbeutung!

X. Frankfurt a. M. Die Naphthalin- und Anthracenvergiftungen in der großen chemischen Fabrik in Griesheim nehmen kein Ende. Fast jede Woche können wir über solche Vergiftungen berichten. Am Dienstag, dem 26. Mai, ist schon wieder ein Arbeiter im Räume S. 1900, dem sogenannten Schlafräume, umgefallen. Ursache: Naphthalinvergiftung! Der Arbeiter wurde von seinen Kollegen aus dem Raum getragen. Die Vergiftung war jedoch schon so stark, daß sich der Arbeiter nicht mehr erholt, sondern um 4 Uhr morgens ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

X. Ludwigshafen. Ein jählicher Unglücksfall ereignete sich am 29. Mai im Indigobau 257 in der Anilinfabrik. Der dort seit zehn Jahren verheiratete Schlosser Franz Wilhelm wurde von der Transmission erfasst und in grauenhafter Weise zerschlagen. Beide Fälle wurden dem Manne abgerufen. Der Schwere verlor am nächsten Tage durch den Tod von seinem Schmerzens erlitten worden. In einem andern Raum soll nach uns gewordenen Mitteilungen einem Arbeiter ein Bein abgedrückt worden sein.

Landarbeiter.

Landarbeiterstreik und christliche Latenzfänger.

Der Landarbeiterstreik in der Provinz Parma dauert fort. Die Grundbesitzer schicken ihr Vieh fort und suchen Streikbrecher anzuwerben, haben aber wenig Erfolg. Sobald Vieh aus dem Streikgebiet in einer andern Provinz eintrifft, erklären sich die Arbeiter dort solidarisch mit ihren kämpfenden Brüdern und drohen mit dem Generalfreik. Grundbesitzer, die Vieh aus den bestrittenen Provinzen aufnehmen, werden boykottiert.

Auch das Anwerben der Streikbrecher verläuft mit Hindernissen, da die Gewerkschaften einen ausgezeichneten Nachrichtendienst organisiert haben. Sobald man erfährt, daß die Grundbesitzer in der Gegend irgend eines Gebirgstals Arbeitswillige ausgegraben haben, so werden Arbeiter und Organisationsaufseher die Stationen geschickt, die der Zug passieren muß. Auf der Station von Casal Maggiore hat dieser Tage ein solcher Kampf um zweihundertunddreißig Streikbrecher stattgefunden. Die anwesenden Polizisten mußten es erleben, daß die Streikbrecher den Sieg über die Interessen davontrug. Nur acht Streikbrecher stiegen in die zu ihrem Empfang bereit gehaltenen Automobile. Die übrigen folgten den organisierten Arbeitern in die Arbeiterkammer, wo sie mit Jubel begrüßt und mit dem Willst für die Rückreise versehen wurden. In verschiedenen Orten ist es vorgekommen, daß die Angeworbenen, von der Schlechtigkeit ihres Vorkhabens überzeugt, auf eingetragene Kosten die Rückreise antraten und sogar noch Geld für die Streikenden sammelten. Bis zur Tollkühnheit ließen sich organisierte Arbeiter von Brescia hinreisen. Sie hatten gehört, daß ein Zug mit einem Streikbrechertransport vorbeikommt und hielten diesen Zug an, indem sie sich vor die vollen Fahrpläne befandliche Lokomotive warfen. Wenige Meter vor der lebendigen Mauer kam der Zug zum Stehen und die Arbeiter setzten es durch, daß sie alle Waggons abfuchen durften, um sich zu überzeugen, ob Streikbrecher mitfahren. Die Durchsuchung ergab aber ein negatives Resultat.

Einem freitbaren Bundesgenossen finden die Agrarier in den Gerichten. Diese haben durch wahrhaft preußische Urteile Partei für „Ordnung und Besitz“ genommen. So wurden am 27. Mai in Piacenza zwei Arbeiter, die einen Streikbrecher durch Drohungen zum Niederlegen der Arbeit gezwungen haben sollen, zu je 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Ein Parteigenosse, der einem Landarbeiter einführte, die Arbeit während des Streiks ruhen zu lassen, erhielt 5 Monate Gefängnis. Es verließt sich von selbst, daß die eifrigen Richter nicht Zeit haben, sich des längeren bei der Beweisnahme anzuhalten. Ein Ende des gewaltigen Kampfes ist noch nicht abzusehen. Beide Parteien kämpfen mit wachsender Erbitterung. Hoffentlich tragen die Arbeiter den Sieg in diesem Dinge davon.

Drollig ist, wenn die „Gewerkschaftsstimme“, das Organ des (deutschen) christlichen Hilfsarbeiterverbandes, aus dem Streik Kapital für ihre Verpöthungsarbeit zu schlagen sucht. Sie schreibt:

Die landwirtschaftliche Presse sieht in dem Streik einen neuen Beweisgrund dafür, daß die Verleitung des Koalitionsrechts für die Nation gefährlich sei. Auch wir sagen: die sinnlose Anordnung des Streiks in der Landwirtschaft würde zum Untergang der Landwirtschaft führen... Das kann aber kein Grund sein, die christliche Organisation fernhalten zu wollen. Die christlichen Gewerkschaften verurteilen den Generalfreik. Sie erkennen auch die Notwendigkeit der Landwirtschaft an und verfolgen keine politischen Zwecke. Sie sind also keine Gefahr. Hält man sie aber fern, so legt man sich der größten Gefahr aus, daß die freien Gewerkschaften eindringen. Gewiß haben auch die nicht das Recht zum Streik. Aber die Massenstreikidee hat in den freien Gewerkschaften immer gespült.

Die Landwirte mögen die ganze Sache ohne Vorurteil und mit Milder Überlegung prüfen, dann finden sie, daß wir recht haben.

Das ist wieder einmal eine Meisterleistung des christlichen Altruismus, der seinen Kopf an jedem Feuer wärmen will, sich dabei aber immer den Schindeln verbrannt. Mit welcher rührender Unerschrockenheit er sich bei den Landwirten anzuwenden sucht!

Den Vogel schießt das frumbe Blatt aber ab mit dem Satz: Wenn ich habe auch die (die freien Gewerkschaften) nicht das Recht zum Streik. Ja, da sollen doch vierhunderttausend Teufel dem christlichen Reichthümer begegnen, der Reaktion der „Gewerkschaftsopposition“ in die Finger fassen.

Wann der Leutenot.

Nach den Behauptungen der im Munde der Landwirte organisierten Junker ist es die Vergewaltigung der Bauern, welche die Landarbeiter nach dem „Ständepunkt“ der Großstadt und in die Fabriken zieht.

Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft hatte ihre Mitglieder angeregt, Erfahrungen über Arbeiterverhältnisse einzusenden. In Nr. 20 der „Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft“ vom 16. Mai werden nun einige Einsendungen veröffentlicht. Ein Gutsherr R. schreibt:

„Vor 15 Jahren trat ich meinen Besitz in der „Olmack“ an. Die Arbeiterverhältnisse waren mir als günstig und billig geschildert. Leider war äußerlich der Fall, ersteres nicht. Es waren nicht genügend anständige Arbeiter vorhanden, dieselben erwiefen sich stark dem Trunk und Selbstmord ergeben.

Die Herren hielten also das Betragen der Arbeiter um das Depulat für standesgemäß, den Kräftestock als Erziehungsmittel für die Arbeiter als notwendig, und die unwürdigen Wohnungen — als gut genug.

„Aus den interessanten, dem Trunk ergebenen Leuten sind brave Leute geworden, mit denen ich sehr gut auskomme.“ Herr R. macht dann eine Rechnung auf über das Einkommen seiner Arbeiter.

„Der künftige bayerische König, der Prinz Ludwig von Bayern, hat schon verschiedentlich dadurch den Unwillen der Blätter vom Schlosse der „Deusch. Tagesztg.“ und „Kreuzztg.“ herausgefordert, daß er Reden hält, die oft zu den bekanntesten kaiserlichen Festreden in scharfer Widerspruch stehen.“

„Die Landarbeiter Schwedens werden sich in nächster Zeit zu einem großen, das ganze Land umfassenden Verbände zusammenschließen. Ein Kongreß des Mittel- und Nord-Schwedens-Landarbeiter-Bundes, der am Dienstag bei Västerås tagte, beschäftigte sich mit dem Statutenentwurf für die Einheitsorganisation und wählte Delegierte zu dem allgemeinen Landarbeiter-Kongreß, auf dem der Zusammenschluß vollzogen werden soll.“

„Die Landarbeiter Schwedens werden sich in nächster Zeit zu einem großen, das ganze Land umfassenden Verbände zusammenschließen. Ein Kongreß des Mittel- und Nord-Schwedens-Landarbeiter-Bundes, der am Dienstag bei Västerås tagte, beschäftigte sich mit dem Statutenentwurf für die Einheitsorganisation und wählte Delegierte zu dem allgemeinen Landarbeiter-Kongreß, auf dem der Zusammenschluß vollzogen werden soll.“

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

Alkohol und Trunksystem in Ziegelleien.

In den preussischen Gewerbeinspektionsberichten von 1907 wird dem Kapitel Alkohol, im Gegensatz zu den Wohn- und Unterkunftsräumen, ein besonders breiter Raum gewidmet.

bedürfnis aufgehoben werden soll. Wenn der Gewerbeaufsichtsbeamte von Hannover schreibt, die wirtschaftliche Lage mancher Arbeiterfamilie würde sich wesentlich verbessern lassen, wenn dem allzu reichlichen Genuß von Alkohol Einhalt getan würde, so können wir dem nur zustimmen.

Die Ziegelleien, die mit ihrem zurückgebliebenen Lohn- und Arbeitsbedingungen einen überaus günstigen Nährboden der Alkoholpest bilden, werden in den Berichten besonders oft erwähnt. Die noch überlange Arbeitszeit, die oft grauenhafte Wohnungsverhältnisse und nicht zuletzt die niedrige Lebensweise lassen ihre demoralisierende Wirkung deutlich erkennen.

„Nach den Bestimmungen des § 115 b der Gewerbeordnung ist es den Gewerbetreibenden gestattet, den Arbeitern Lebensmittel, Bekleidung usw. gegen Anrechnung bei der Lohnzahlung für den durchschnittlichen Betrag der Selbstkosten zu verabfolgen.“

„Nach den Bestimmungen des § 115 b der Gewerbeordnung ist es den Gewerbetreibenden gestattet, den Arbeitern Lebensmittel, Bekleidung usw. gegen Anrechnung bei der Lohnzahlung für den durchschnittlichen Betrag der Selbstkosten zu verabfolgen.“

„Nach den Bestimmungen des § 115 b der Gewerbeordnung ist es den Gewerbetreibenden gestattet, den Arbeitern Lebensmittel, Bekleidung usw. gegen Anrechnung bei der Lohnzahlung für den durchschnittlichen Betrag der Selbstkosten zu verabfolgen.“

„Nach den Bestimmungen des § 115 b der Gewerbeordnung ist es den Gewerbetreibenden gestattet, den Arbeitern Lebensmittel, Bekleidung usw. gegen Anrechnung bei der Lohnzahlung für den durchschnittlichen Betrag der Selbstkosten zu verabfolgen.“

„Nach den Bestimmungen des § 115 b der Gewerbeordnung ist es den Gewerbetreibenden gestattet, den Arbeitern Lebensmittel, Bekleidung usw. gegen Anrechnung bei der Lohnzahlung für den durchschnittlichen Betrag der Selbstkosten zu verabfolgen.“

lichen Aufklärungsarbeit auch hier in stets steigendem Maße gelangen, diesen Wahn zu zerstören. Nur diejenigen Kreise der Ziegelleien, die nach jedem Organisationsgedanken abhold sind, und aus diesem Grunde noch unter den rückständigsten Verhältnissen leiden, suchen noch Trost und Heil in der Schnapsflase.

„Diese wenigen Beispiele zeigen, daß alle gesetzlichen Bestimmungen und Verbote, die zum Schutze der Arbeiter erlassen sind, in der Praxis völlig versagen.“

„Diese wenigen Beispiele zeigen, daß alle gesetzlichen Bestimmungen und Verbote, die zum Schutze der Arbeiter erlassen sind, in der Praxis völlig versagen.“

Streits und Lohnbewegungen.

„Friedland. Wie überall, haben die Unternehmer auch hier die schlechte Konjunktur ausgenutzt, um die Löhne der Arbeiter zu reduzieren.“

„Nachdem den Tonindustriellen die Lohnreduzierungen geküßt waren, folgten auch andere Unternehmer. Vor Ostern teilten die Bauunternehmer unsern an Bauten beschäftigten Kollegen mit, daß nicht mehr als 28 Pf. Stundenlohn bezahlt werden sollte.“

Korrespondenzen.

„Euskirchen. Wir brachten in Nr. 21 des „Proletarier“ einen kurzen Bericht aus Euskirchen, in dem über die Beendigung der Streiks in den Steinzeugwerken berichtet und daran die Bemerkung getnüpft wurde, daß der geringe Erfolg des Kampfes auf die Schwäche des christlichen Keramarbeiterverbandes, der in diesem Kampf der Hauptbeteiligte war, zurückzuführen sei.“

Aber woher diese Einnahme kam, das steht nicht dabei! Weil die beiden Gewerkschaften der freien Verbände sahen, daß der Keramikarbeiterverband den Streik nicht weiter fortführen wollte...

Wir fragen alle recht denkenden Menschen: Was das ehrlich gehandelt von den „Christen“? Alle Organisationen hatten sich solidarisch erklärt, jede Meinungsverschiedenheit schweigend, alles einig...

Dann wird von den christlichen Schimpfaposteln noch der Streik in der Düngrfabrik herangezogen und davon behauptet, die christlichen Arbeiter hätten mit wässern Mitgliedern ihr Streikgeld geteilt...

Kaiserlautern. Gegen das Verhalten der Unternehmer am hiesigen Werke, besonders aber gegen das Vorgehen der Maschinenfabrik von G. W. Plaff protestierte eine am Mittwoch, dem 27. Mai, im großen Saal der Halle abgehaltene, gut besuchte öffentliche Versammlung...

Königsbrunn. In der am 31. Mai zu Königsbrunn abgehaltene Mitgliederversammlung, in welcher Kollege Fobenski über die Wirkung unserer Partei bei den Arbeitsbewegungen ohne Streiks sprach...

Sachsen. Um das „Einkaufsbüro“ zu pflegen, ist in den Kreisligen der Braunsburger Kreis Kalkwerks Arbeiter und Arbeiterinnen folgende Liste bekannt gegeben: „Zur Arbeit in der Fabrik beschäftigten Arbeiter haben den Gehalt des Berggesetzes mit Glückwunsch zu erwidern.“

Schäften mit aller Kraft einzutreten. Die höchste Zeit wird es allerdings! Denn durch die Interesslosigkeit einer Anzahl dort beschäftigter Arbeiter schwillt speziell auf dem Werke Eisenhütten der Nachtarbeitern ganz gewaltig der Kampf...

Ludwigshafen. Wenn zwei das selbe tun... In der durch ihre „Wohlfahrts“-Einrichtungen bekannten „Anilin“ wurde kürzlich ein Arbeiter politisch inhaftiert, der seinem Mitarbeiter eine Karte entwendet haben sollte.

Wie ist nun der Umschwung in dem Verhalten der Betriebsleitung zu verstehen? Die beteiligten Personen geben des Rätsels Lösung selbst. Im ersten Falle war der Arbeitgeber ein Indifferent, im zweiten Falle ein langjähriges treues Verbandsmitglied.

Bei der Entlassung handelt es sich um einen Schulsall. Die Arbeiter sollen der Organisation den Rücken kehren, um dann willens und machtlos dem Kapital gegenüberzutreten. Nicht weniger denn 15 Jahre hat der Arbeiter an der Erarbeitung der ertrocknen Dividende in der Anilin mithingeholfen.

Leider gibt es auch in der Anilin noch Arbeiter, die nichts weniger als ihre Menschenrechte wahren. Der vor kurzem wegen seines unholdischen Verhaltens aus der Organisation ausgeschlossene Arbeiter Eduard Schäfer hat schon lange, und in jüngster Zeit ganz besonders, gegen seine eigenen, sowie gegen die Interessen der gesamten Arbeitergesellschaft gehandelt.

Regensburg. Beim Bau der hiesigen Zuckerfabrik wurde für das Unternehmen Stimmung gemacht mit der Angabe, es sei bestimmt, den einheimischen Arbeitern Brot und Arbeit zu geben. Nachdem sie fertiggestellt war, pfiff der Wind aus einem andern Loch. Die einheimischen Arbeiter lehnten es ab, sich jeder Behandlung zu unterwerfen und jeden Lohn widerstandslos anzunehmen.

Resultat der Stichwahl zum Gewerkschafts-Kongress.

- 1. Wahlkreis. Joh. Radde, Lohde, erhielt 1148 Stimmen, G. Westmann, Elmshorn, erhielt 1160 Stimmen.
2. Wahlkreis. Franz Schreiber, Harburg, erhielt 1951 Stimmen, Joh. Schmidt, Delmenhorst, erhielt 1068 Stimmen.
3. Wahlkreis. Karl Möller, Altenburg, erhielt 2268 Stimmen, H. Heselbarth, Leipzig, erhielt 2036 Stimmen.
4. Wahlkreis. Karl Thiemig, Dresden, erhielt 441 Stimmen, Gust. Neuring, Dresden, erhielt 762 Stimmen.
5. Wahlkreis. Karl Herrmann, Nürnberg, erhielt 1687 Stimmen, Leonh. Wörner, Stuttgart, erhielt 1620 Stimmen.
6. Wahlkreis. M. Röschel, Offenbach, erhielt 1920 Stimmen, J. Eisler, Frankfurt a. M., erhielt 1989 Stimmen.

Verbandsnachrichten.

Vom 26. Mai ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein: Bernburg 400.—, Dörfelberg 3,75, Stettin 1600.—, Roffen 100.—, Kiel 600.—, Regensburg 500.—, Alfeld a. L. 100.—, Karmarsch a. S. 100.—, Zeimen 13,20, Plauenischer Grund 800.—, Röhlfelder a. S. 58,88, Preumont 1,50, Bötz 2.—, Schornberg 44,84, Leipzig 800.—, Rottweil 800.—, Hilsenheim 150.—, Kadersberg i. S. 300.—, Rößchen a. d. S. 200.—, Stöckelberg 150.—, Waldheim 100.—, Köln 800.—, Halle a. S. 800.—, Schmiedebach 300.—, Langenwiesche 450.—, Langenberg (N) 150.—, Bartenstein 31,72, Elm a. d. S. 20.—, S. G. 10.—, J. Haffeltrief 2.—, Bergedorf 800.—, Halle a. S. 700.—, Stappert 624,44, Zwicken 200.—, Schwebel 142,08, Greifenberg i. Sgl. 10.—, Neuhofen 150.—, Götzow i. M. 100.—, Altona 600.—, Zuffl 140.—, Kemfeld 400.—.
Schluß: Sonnabend, 6. Juni, mittags 12 Uhr.
Fr. Brunns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 1. Quartal 1908 haben eingesehen: Barel, Lorch, Miesbach, Schornberg, Neumarkt i. Sgl., Vandau, Warby a. Elbe, Greifenberg i. Sgl., Lauban, Partenstein, Staßfurt.

An die Bevollmächtigten.

Bestellungen auf die Abrechnungsnummer müssen sofort etngereicht werden. Nach dem 13. einlaufende Mehrbestellungen können voransichtlich nicht mehr berücksichtigt werden. Redaktionsfrist für die nächste Nummer ist Sonnabend, den 13. Juni mittags.

Wegen der Landtagswahl in Preußen mußte die Nr. 23 des „Proletariers“ einen Tag früher zur Verfügung kommen, so daß dieser Nummer keine „Korrespondenzblätter“ beigelegt werden konnten.

Das neue Reichsgesetz über die Zahlstellen demnächst in einer Broschüre zugehen.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen:

- Düren: 5 Pf. pro Mitglied und Woche.
Schliefhe. 10 Pf. pro Mitglied und Woche.
Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.
Nr. 273 583, ausgefüllt auf den Namen Richard Hohmann am 23. September 1907.
Ein Mitgliedsbuch unbekannter Nummer, ausgefüllt auf den Namen Wilhelm Schönfeld, ist anzuhalten und abzumachen.
277 193, Franz Nofar, eingetr. am 19. Oktober 1907 in Berlin.
285 271, Joseph Schumacher, eingetr. am 9. Dezember 1907 in Osterholz-Scharmbeck.
288 201, M. Moritz, eingetr. in Stettin.
288 108, Heinrich Ritz, eingetr. am 19. Oktober 1907 in Bismarck.
283 399, Albin Roselt, eingetr. am 4. März 1903 in Eisenberg (S.-M.).

Dem Kollegen Otto Thiem, geb. 4. 12. 86 in Fischergasse bei Weiden, Buch 172 730, eingetragen am 23. Juli 1906 in Weiden, ist das Buch abhanden gekommen, höchstwahrscheinlich gestohlen! Alle Zahlstellenleiter werden aufgefordert, event. das Buch zurückzubekommen und an die Zahlstelle Weiden zu senden. Inhaber des Buches ist zur Anzeige zu bringen.

Ausgeschlossen wegen Streikbruchs:

- Karl Reih, Buchnummer 184 024, eingetren am 27. Febr. 1904, bisher Mitglied der Zahlstelle Wormald.
August Pahl, Buchnummer 278 084, eingetren am 19. April 1903, bisher Mitglied in Wormald.
M. P. Elbrecht, Buchnummer 275 866, bisher Mitglied der Zahlstelle Plauenischer Grund.
Auf Grund § 7 des Statuts:
Karl Müller, Buchnummer 12 152, eingetren am 1. Juli 1899, bisher Mitglied in Jahnid.
Joseph Auer, Buchnummer 266 317, bisher Mitglied der Zahlstelle Düsseldorf.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- Bamberg. Pelikan, Mühlbühl 7.
Bornhöved n. Umg. Johannes Lehden in Wandendorf.
Wendorf a. Rhein. Anton Gelhard, Grenzhauserstraße 45.
Bünneberg. H. Thomas, Schauenburgerstraße 31.
Höhningen. August Jilt, Kl. Kreuzstraße 65.
Schöningen. Otto Pieper, Caltigang 3.
Schwekingen. Franz Verlinghof, Karlstr. 41.
Altit. Franz Wakena, Rosenstr. 27.

Briefkasten.

Escherhausen. Quer Inserat ging hier ein, nachdem die Pfingstnummer gedruckt war.
Fr. St. in G. Gaben eure Anträge dem Vorstand übermittelt, eine vorherige Veröffentlichung in Form eines Berichts ist nicht angehtig.
M. Z. in W. Gratuliere zum Erfolg, aber berichten können wir darüber nicht.
W. Schm. Beitrag ist zu inhaltlos. Daß Sie mit dem Kollegen H. einverstanden sind, brauchen wir doch nicht zu drucken.

Zahlstelle Augsburg.

Wir verweisen die Mitglieder hiermit auf die am Sonntag, dem 14. Juni, von vorm. 10 Uhr bis nachm. 4 Uhr stattfindende Wahl zum Verbandstag in München. Die Wahllokale sind: Augsburg: „Wittelsbacherhof“; Oberhausen: „Schöble“; Leihhausen: „Kirchenwirt“; Pfersen: „Krone“; Göggingen: „Lyra“. — Wähler sind mitzubringen. Um 4 Uhr ist wichtige

Mitglieder-Versammlung

in: „Wittelsbacherhof“ mit der Tagesordnung: 1. Bekanntgabe des Verbandsberichts. 2. Vortrag des Kollegen Stammer. 3. Verbandstag. 4. Verschiedenes. Tageszeitung an der Wahl und Besuch der Versammlung ist Pflicht der Mitglieder. [2,55 A] Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Cronau i. S.

Sonntag, 14. Juni, nachm. 3 Uhr, im Saale der W. Warby: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Um zahlreiches Erscheinen bitten [2,20 A] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Hagen i. W.

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß die Mitglieder-Versammlung am Sonntag, dem 14. Juni, 10 Uhr morgens, im Volkshaus stattfindet. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. [1,50 A] Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Hainau a. M.

Unstre regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden jeden 2. Dienstag im Monat in der „Stadt Frankfurt“ statt. Die Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung wird jeden Freitag abends von 7 bis 9 Uhr bei dem Kassierer, Schützenstraße 4, ausgezahlt. Die Kollegen werden ersucht, die jetzt bestimmten Versammlungen regelmäßig zu besuchen. [1,20 A] Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Würzen und Umgegend.

Wagenpartie nach Grimma am Sonntag, den 21. Juni: in Gemeinschaft mit den Eisenburger Kollegen. Abfahrt vormittags 9½ Uhr vom Schützenhaus aus. [2,25 A] NB. Kollegen! Diese Partie hat einen agitatorischen Zweck. Wir wollen damit unter jungen Brüdern das Grimma unter die Arme greifen und die dortigen Kollegen zu weiteren tapferen Vordringen anspornen. Auch die Geldigen Kollegen werden an diesem Tage in Grimma angewandt sein. Alles Spezielle in bezug auf die Partie siehe Zirkular der Stützpunkt-Kollegen! Bestenfalls auch recht zahlreich an dieser Partie. Einen genaueren Tag verpöben! Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Escherhausen.

10jähriges Stiftungsfest. Sonntag, den 14. Juni, und Montag, den 15. Juni 1908: Hierzu laden wir die Kollegen und Freunde von Escherhausen und Umgegend ergebenst ein. [2,20 A] Das Festkomitee.